

UZ

Unsere Zeit
Zeitung der DKP

August/September
2020

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Am 13. September und bei der Briefwahl DKP wählen!

Die Kommunalwahl steht vor der Tür, am 13. September können Sie im Wahllokal ihre Stimme abgeben oder Sie nehmen schon vorher an der Briefwahl teil.

Die DKP hat in den letzten Jahren in Bottrop viel bewegt. Im Mittelteil dieser Ausgabe der NOTIZEN haben wir versucht, die wichtigsten Punkte aus den sechs Jahren seit der letzten Kommunalwahl zusammenzufassen.

DKP im Rathaus – damit man draußen sieht, was drinnen geschieht!

Viel zu häufig finden auch heute noch Sitzungen der Ausschüsse und des Rates der Stadt nichtöffentlich statt. Viel zu häufig werden auch immer noch Tagesordnungspunkte, von denen Bottroper Bürgerinnen und Bürger direkt betroffen sind, ohne deren direkte Beteiligung geplant. Die DKP hat es sich zum Prinzip gemacht, mit Informationen „vor Ort“, mit Nachbarschaftsbriefen, im Internet und vor allem mit den seit 50 Jahren erscheinenden NOTIZEN öffentlich zu machen. Dieses Vorgehen der DKP hat in vielen Fällen zu direkten Reaktionen der Betroffenen – mit Bürgerversammlungen, der Gründung von Bürgerinitiativen, zu Unterschriftensammlungen und zu Protest-

aktionen geführt. Das soll so bleiben – wenn Sie das wollen, müssen Sie die DKP wählen!

Die DKP hat für die Kommunalwahl ein Kurzprogramm erarbeitet.

Deren 10 wichtigsten Punkte sind:

- Wiedereinführung des Bottrop-Passes
- Planung einer dritten Gesamtschule im Bottroper Süden
- Beitragsfreiheit für Kitas und OGS
- Schluss mit der Vergiftung durch die Kokerei
- Kein Schwerlastverkehr in den Siedlungen
- Stenkhoffbad erhalten und modernisieren
- 10 Millionen Euro in den Etat einstellen für kommunalen Wohnungsbau und preiswerte Mieten
- Keine Bebauung von innerstädtischen Grünflächen
- Kein Verkauf oder Privatisierung kommunalen Eigentums
- Senkung der Grundsteuer B

Stärkung der kommunalen Einrichtungen und deren Handlungsfähigkeit

In zunehmendem Maße ist die Stadtverwaltung in Folge der Kaputt-

Sparpolitik gezwungen, Aufträge für Planungsleistungen und anderes an Private zu vergeben.

Die DKP Bottrop fordert daher für diesen Bereich:

- Aufstockung des städtischen Personals
- Dienstleistungen im öffentlichen Bereich sind grundsätzlich durch öffentliche Bedienstete durchzuführen
- Energieversorgung wieder in öffentlicher Hand
- Rekommunalisierung des Putzdienstes an Schulen und bei der Stadtverwaltung als Beginn einer umfangreichen Rekommunalisierung in Bottrop

Wir bieten Hilfe bei der Briefwahl an:

- DKP-Büro Bottrop, Tel.: 688 157
- Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020
- Michael Gerber, Tel.: 96227
- Manfred Plümpe, Tel.: 94135
- Jörg Wingold, Tel.: 685911

Manchmal fragen sich Wähler, wie man auf die Idee kommen kann, etwas anderes als die DKP zu wählen – die anderen hätten doch „nichts drauf“! Wenn man die Wahlplakate zur jetzigen Kommunalwahl anschaut, kann man sich das wirklich fragen: „150 Prozent für Bottrop“ ist der Wahlspruch der SPD. Genauso unverbindlich die ödp: „Gemeinsam verantwortlich handeln“, und nochmals die SPD auf einem Großplakat „Nicht nur grün, sondern knallgrün!“ Den Vogel schießt aber die FDP ab: „Lösungen schaffen für Bottrop“ ist ja schon nichtssagend genug, der Gipfel jedoch: „Was uns wichtig ist...“ – da schaut einem das blanke Nichts entgegen!

Sprechstunden der DKP-Ratsgruppe

Montag und
Donnerstag
von 15 bis 17 Uhr
im DKP-Büro, Bottrop,
Germaniastraße 54
Telefon: 688157
www.dkp-bottrop.de
und bei Facebook



Jetzt muss wohl das Gericht ran

Verfahren gegen Kokerei

Die Untätigkeit von Oberbürgermeister Tischler und der Bezirksregierung, die Umweltverschmutzung durch die Kokerei zu beenden, hat dazu geführt, dass jetzt juristische Schritte gegen die Kokerei beschriftet werden. Die DKP-Ratsgruppe hat bei der Generalstaatsanwältin Beschwerde gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft Essen gegen die Verantwortlichen des Kokereibetreibers ArcelorMittal wegen Verdachts der gefährlichen Körperverletzung, Sachbeschädigung, Luftverunreinigung und Bodenverunreinigung durch den Betrieb der Kokerei Bottrop eingereicht. Die Staatsanwaltschaft Essen hat die Einstellung des Ermittlungsverfahrens u. a. mit der Behauptung begründet: „Die geltenden umweltrechtlichen Gesetze, Verordnungen, Erlasse und sonstigen Bestimmun-

gen gewähren keinen Anspruch auf ein immissionsfreies Leben.“ Dies ist eine zynische Verharmlosung der Umweltvergiftung durch die Kokerei. Seit Jahren wird an der Messstation Welheim an der Kokerei die höchste Benzo(a)pyren (BaP)-Immission von allen Kokereien in Deutschland gemessen. Für 16.000 Bürgerinnen und Bürger in der Umgebung gibt es eine Verzehrverbot für selbst angebautes Blattgemüse aufgrund der hohen BaP-Belastung. Diese Verzehrwarnung wurde 2020 gegenüber 2019 noch auf weitere 5.000 Bürgerinnen und Bürger ausgedehnt. Außerdem ist die BaP-Belastung durch die Kokerei von ArcelorMittal hauptverantwortlich für die hohe Rate an Krebsneuerkrankungen in Bottrop. Die Anwohnerinnen und Anwohner sind in ihrem Leben durch die

Emissionen der Kokerei stark eingeschränkt. Anwohner berichten der DKP, wie belastend es ist, sich im eigenen Garten aufzuhalten und zu wissen, wie hochgradig die Luft vergiftet ist. Die Geschäftsführung der Kokerei hat mehrfach Aussagen nicht widersprochen, dass ihre Anlagen erst seit Übernahme durch ArcelorMittal in schlechtem Zustand ist und die Verschmutzung der Umwelt zugenommen hat. Das Grundgesetz sichert gemäß Artikel 2 Abs. 2 allen Bürgerinnen und Bürgern „das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ zu. Durch die Umweltbelastung der Kokerei von ArcelorMittal wird dieses Grundrecht missachtet. Fast 200 Anwohner der Kokerei werden durch ihren Anwalt Kuhlmann bei einer Klage gegen Arcelor Mittal wegen Unterlassung der Verschmutzung von Häusern, Gärten und



PKWs sowie Schadenersatz vertreten. Vor Einreichung der Klage wird es noch in Gesprächen des Anwalts mit Vertretern von Arcelor Mittal den Versuch geben, eine außergerichtliche Einigung zu versuchen. Beim bisherigen Verhalten des Konzerns wäre es aber eine – sicherlich positiv! – Überraschung, um ein Gerichtsverfahren herumzukommen

Michael Gerber, Tel.: 96227

Demo im Eigen

Kein LKW-Verkehr in der Siedlung!



Die DKP hatte zur Demonstration gegen den LKW-Verkehr in der Stenkhoffstraße und der Siedlung aufgerufen. 60 Anwohner haben sich mit dem Protestzug für ein generelles Durchfahrtsverbot für LKWs auf der Stenkhoffstraße und den angrenzenden Wohnstraßen eingesetzt. In einer Unterschriftensammlung fordern die Anwohner: „Dieses Verbot muss auch nach Beendigung der Straßenbaumaßnahme auf der Stenkhoffstraße dauerhaft für Fahrzeuge über 3,5t in Kraft bleiben. Täglich wird von LKWs

das bestehende Durchfahrtsverbot missachtet. Als Anwohner werden wir auch nachts ständig durch den LKW-Lärm aus dem Schlaf gerissen. Selbst die Krümmerstraße wird inzwischen von LKWs zur Durchfahrt missbraucht. Die Bordsteine und Einfahrten der Nebenstraßen werden bereits in Mitleidenschaft gezogen. Die Einhaltung des LKW-Verbots muss daher auch von der Polizei kontrolliert werden.“ Die DKP wird am Ball bleiben und die Anwohner unterstützen!

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

Eigen

Bergmannsampeln im Eigen



Roland Peukert, Michael Gerber und Manfred Plümpe hatten im Eigen bei Bürgern Spenden für Bergmannsampeln gesammelt. Leider konnte der Vorschlag, die Ampel mit dem Bergmann an der Kreuzung am Eigener Markt zu gestalten, nicht realisiert werden. Jedoch wurde die Fußgängerampel an der Rheinbabenschule mit den Spendengeldern umgerüstet, eine weitere an der Gnadenkirche folgt

demnächst. Mit den Bergmannsampeln soll an die Tradition des Bergbaus in Bottrop und der Zeche Rheinbaben erinnert werden.

Für viele Menschen im Eigen ist die Zeche Rheinbaben verbunden mit dem Wirken von Clemens Kraienhorst, dem legendären Kommunisten und Betriebsratsvorsitzenden, an den auch der Name einer Straße im Eigen erinnert.

Einmal REICHT es!

Nazi viermal abgelehnt

Viermal sollte ein Vertreter der AfD in den Sozialausschuss gewählt werden – jedes Mal wurde das von einer Mehrheit aus SPD, Grünen, Linken und DKP abgelehnt. Zuletzt musste dafür sogar eine Sonder-sitzung des Rates einberufen werden, weil der Regierungspräsident meinte: Ihr habt falsch abgestimmt. Auch beim vierten Mal wurde der AfDler abgelehnt. Irmgard Bobrzik hielt für die DKP eine kurze, aber deutliche Rede:

„Wie Sie wissen, bin ich bereits 80 Jahre alt. Als der Faschismus besiegt

wurde, war ich vier Jahre alt, habe die Nazis also nicht mehr bewusst erlebt, die Verfolgung der Kom-munisten ab 1956 allerdings sehr wohl.

Mein Vater war nicht Mitglied der KPD vor 1933, aber er ist nach der Machtübertragung auf die Nazis ins Konzentrationslager gebracht worden. Er war im Lager Esterwegen, etwa zur gleichen Zeit wie Clemens Kraienhorst. Er hat allerdings nicht viel über diese Zeit erzählt, aber dar-über, dass die Faschisten beim Marsch durch den Eigen immer zu

unserer Wohnung hingeschaut haben, um zu sehen, ob sie meinen Vater soweit provozieren konnten, dass er als bekannter Antifaschist etwas Unbesonnenes tat.

Soviel zu meiner Familiengeschichte. Sie glauben daher doch wohl nicht, dass ich hier und heute dem Mit-glied einer Partei meine Stimme gebe, die von Faschisten, Rassisten und Nationalisten durchsetzt ist – soweit, dass sie in der Führung die-ser Partei vertreten sind. Die Bottroper AfD hat sich aber nicht einen Deut von diesem widerlichen

braunen Pack distanziert, von Pro- testen oder Austritten ist ebenfalls nichts bekannt.

Anders ausgedrückt: Wer dieser Partei und deren Vertretern die Stimme gibt, sei es bei Wahlen oder hier und heute, ist in meinen Augen Mitwisser und Mitvollstrecker eines neuen Rassismus, Nationalismus und Faschismus. Ich kann Ihnen nur zurufen: Pfui Deibel!

Ich werde diesen Leuten meine Stimme nicht geben. Wehret den Anfängen!!“

Dem ist nur hinzuzufügen: Nazis und Rassisten gehören nicht das Stadtparlament – Sie sollten darauf verzichten, bei denen ein Kreuz zu machen!

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

BEST

Vorstand Sußmann endlich entlassen!

Die BEST ist für die Reinigung der Stadt verantwortlich. Intern ist der Vorstand der BEST dagegen ein Sauladen. Das Vorstandsmitglied Carsten Sußmann gehört schon lange entlassen!

Seit Jahren ist das Betriebsklima bei der BEST auf einem Tiefpunkt. Hauptverantwortlich dafür ist das Vorstandsmitglied Carsten Sußmann. Er lässt keine Gelegenheit aus, um Beschäftigte zu drangsalieren. Un-bequeme Beschäftigte werden

wegen Nichtigkeiten mit Abmah-nungen überzogen oder aus dem Betrieb gedrängt - wie der ehemali-ge Leiter der Deponie Donnerberg. Bereits 2018 hatte die DKP eine per-sonelle Veränderung im Vorstand der BEST gefordert. Die Belegschaft wurde wegen Aufsässigkeit finan-ziell durch die Kürzung der tarif-lichen Sonderzahlung abgestraft, während die Vorstandsmitglieder jedoch 7.500 bzw. 6.000 Euro Bo-nuszahlungen erhielten. Michael

Gerber, Mitglied im BEST-Verwal-tungsrat hatte dies öffentlich ge-macht und wurde deswegen vor Gericht wegen Geheimnisverrats angeklagt – aber freigesprochen.

Jetzt wurde Sußmann beim Betrug erwischt. Der Privatwagen seiner Frau wurde in der Werkstatt der BEST repariert. Seinen Dienstwagen überließ er in dieser Zeit seiner Frau. Mehrere Tage benutzte Sußmann daraufhin einen Dienstwagen für die Fahrten zwischen Wohnort und

der Firma. Dies geschah ohne Miet-vertrag und Bezahlung. Erst als die-ser Betrug bekannt wurde, verein-barte Sußmann im Nachhinein einen Mietvertrag und bezahlte. Für dieses Dienstvergehen wurde er noch mit einer Halbierung der Bonuszahlung auf 3.000 Euro „bestraft“ und erhielt lediglich eine schriftliche Ermahnung. Andere Beschäftigte wären wegen Betrugs entlassen worden. Viele Beschäf-tigte fragen sich, was noch passie-ren muss, bis Sußmann endlich in die Wüste geschickt wird!

Michael Gerber, Tel.: 96227

Auch in Bottrop

Rassisten in den Straßen

Bereits mehrfach hat die DKP gefor-dert, nicht nur die Loewenfeld-sstraße in Kirchhellen umzubenenen, da der Namensgeber ein be-nennender Faschist und als Führer der Marinebrigade 1920 für die Be-schießung der Stadt und hunderte Morde verantwortlich war. Es soll-ten auch die Straßennamen geän-dert werden, die nach deutschen Kolonialisten und Rassisten benannt sind: die Lüderitz-, Wissmann- und vor allem die Karl-Peters-Straße. Jener war ein ganz

besonders schlimmes Exemplar eines rassistischen Mörders im kolo-nialen Afrika.

Zeitgenössische Kritiker sahen ihn so: Sein zeitweiliger Mitarbeiter Os-car Baumann schrieb 1892: „Übri-gens ist Peters halb verrückt. Alles um ihn herum geht krumm vor Hieben. 100 bis 150 sind an der Tagesordnung. Es ist kaum zu glau-ben, welche Angst die Leute vor Peters und seinen Leuten haben“. Die sozialdemokratische Zeitung ‚Vorwärts‘ nannte Peters einen

„grimmigen Arier, der alle Juden ver-tilgen will und in Ermangelung von Juden drüben in Afrika Neger totschießt wie Spatzen und zum Ver-gnügen Negermädchen aufhängt, nachdem sie seinen Lüsten ge-dient.“ Unter Afrikanern war einer seiner Spitznamen „mkono wa da-mu“ – also „blutige Hand“. Die kolo-nialkritische Presse Deutschlands verlieh ihm den Beinamen „Hänge-Peters“. In einigen Städten wurden bereits Straßen umbenannt und die Dission hat nach rassistischen Vor-fällen in den USA wieder an Fahrt aufgenommen: Rassisten gehören nicht auf Straßenschilder – Black lives matter! **J. Wingold, Tel.: 685911**

**Birgit Duske
Ich wähle Michael Gerber**



Ich wähle Michael Gerber, weil er die Interessen der Bürger ver-tritt und sich nicht hinter Para-graphen versteckt. Er hört zu und nimmt den Bürger ernst.

6 Jahre im Rat

Eine Bilanz

Seit der letzten Kommunalwahl sind mehr als sechs Jahre vergangen. Damals zog die DKP mit zwei Vertretern, Irmgard Bobrzik und Michael Gerber, in den Rat der Stadt ein und mit je einem Vertreter in die Bezirksvertretung Mitte – Manfred Plümpe – und Süd – Günter Ziemmek, als Nachfolger Herbert Dibowski. In dieser Zeit sind mehr als ein Dutzend Ausgaben der NOTIZEN und ungezählte Flugblätter erschienen, es gab mehrere Dutzend Informationsstände und die DKP war ungezählte Male mit Vertretern bei den Bürgern vor Ort. Zeit also, ein wenig Bilanz der Arbeit zu ziehen.

2014:

Die Brücke Lütkestraße wird nach langen Bemühungen endlich eingeweiht – nach dem Wunsch einiger Anwohner sollte sie wegen seiner Unterstützung „Michael-Gerber-Brücke“ genannt werden – was der ablehnte und den Namen „Bürgerbrücke“ vorschlug. Es beginnt eine längere Auseinandersetzung um die Schließung des

Karstadt-Hauses in der Innenstadt, Unterschriften wurden gesammelt – leider ohne Erfolg, das Haus ist – mit kurzer Unterbrechung – immer noch geschlossen. Am Tetraeder soll ein Windrad gebaut werden. Bisher war der Protest der Bürger und der DKP dagegen erfolgreich.



2015:

Ikea will im Kraneburger Feld eine Filiale „auf der grünen Wiese“ errichten. Davon trat die Firma nach Protesten wieder zurück. Jetzt möchte Lidl dorthin – ein Riesenkasten soll entstehen. Grund: Gute Anbindung an die neue Autobahn A52. Gegen die Autobahn protestieren die Bürgerinitiative und die DKP seit Jahren. Immerhin ist der Umbau der B224 aufgeschoben – aber leider nicht aufgehoben. Das Parken im Parkhaus auf Hauptbahnhöfchen Bottrop ist jetzt kos-

tenfrei – dafür hatte sich die DKP seit Längerem eingesetzt. Der Kampf für die Erhaltung der Sparkassenfilialen in den Stadtteilen beginnt. Es gibt verbale Proteste der Kunden und eine Unterschriftensammlung, leider ohne Erfolg. Heute noch stehen einige der Filialen leer, weil die Gebäude nicht wieder genutzt werden. Die Verteidigung der Innenflächenbebauung an der Möddericher Straße ist erfolgreich. Auch die DKP hatte sich dafür eingesetzt.



2016

Die DKP unterstützt die Erhaltung eines Lebensmittelmarktes auf dem Eigener Markt. Bisher gibt es erst Pläne, einen neuen Laden noch nicht. Die DKP setzt sich für den Erhalt des Saalbaus ein. Die Mehrheit im Rat will den Abriss – glücklicherweise war der Bau noch erhalten, als die Corona-Pandemie einen Raum nötig machte für die Testungen von Verdachtsfällen. Hier hätten auch Sitzungen des Rates stattfinden

können – jetzt nutzt man dafür ein Schulgebäude und eine Sporthalle – die DKP fordert weiter den Erhalt des Baus. Weitere Auseinandersetzungen zum Thema Alpincenter: Jetzt wird angeschüttet, um die Schiefelage des Baus zu kompensieren – und um das Gelände des „Umfeldes“ auszubauen. Dass dies noch nicht weiter gediehen ist, ist nur Corona zu „verdanken“.



2017:

Gegen Michael Gerber wird ein Strafverfahren eingeleitet, weil er öffentlich gemacht hat, dass die Belegschaft der BEST mit Einkommenskürzungen bestraft werden sollte, während der Vorstand weiter sein Geld erhielt. Gerber wurde freigesprochen.

Der Apotheker-Skandal macht Schlagzeilen. Die DKP stellt sich auf die Seite der Opfer und ihrer Familien. Die Auseinandersetzung um die Bebauung der Kleingartenanlage Beckheide nimmt wieder Fahrt auf. Die DKP unterstützt die Unterschriftensammlung für den Erhalt.



2019:

Die DKP unterstützt den Kampf gegen den Dreck, den die Kokerei in die Luft bläst, während andere Parteien schweigen oder sich auf die Seite von ArcelorMittal stellen.

Die DKP setzt sich dafür ein, die Kosten für die Unterkunft neu zu berechnen, welche Hartz-IV-Empfänger zahlen müssen – erfolgreich!



2018:

Die Zustimmung von SPD und Grünen zur Erhöhung der Grundsteuer B empört die Bürger. Eine schnelle großangelegte Unterschriftensammlung der Mieterverbände zusammen mit der DKP erreicht zumindest, dass die Erhöhung nicht ganz so hoch ausfällt. Alle sind verblüfft, wie schnell die Bottroper Kommunisten eine so große Anzahl von Protestunterschriften zusammen bekommen.

Es war lange klar: Das Ende des Bergbaus kommt. Die DKP fordert eine Übersicht über die Folgen und die Zukunft der Stadt. Nicht nur in diesem Jahr setzt sich die DKP mit den Wohnungskonzernen auseinander, die in Bottrop meinen, das Sagen zu haben. Die DKP ist häufig vor Ort, wenn wieder einmal Mieten erhöht werden sollen.



2020:

Die DKP ist die erste Partei, die öffentlich fordert, vor allem die „kleinen Leute“ zu unterstützen, die

Opfer der Corona-Pandemie geworden sind. Sie will kostenlos Masken verteilen – das wird untersagt



Dauerhaft engagiert sich die DKP gegen alte und neue Faschisten in der 8.-Mai-Initiative und dem Bündnis Bunttes Bottrop.

Mitglieder der DKP sind regelmäßig im Sommer bei Aktionen des Fördervereins Stenkhoffbad dabei – nur leider nicht in diesem Jahr wegen der Corona-Pandemie, gleiches gilt leider in diesem Jahr auch für die Schultütenaktion für Erstklässler.

Seit 2014 wurden zwei DKP-Marktfeste durchgeführt, das dritte sollte in diesem Sommer folgen – wegen der Corona-Beschränkungen ist dies jedoch nicht möglich

Siedlung Zollverein

Mieterprozess gegen VIVAWEST

Vor dem Amtsgericht Bottrop wurde gegen die VIVAWEST verhandelt wegen ihrer Weigerung für die 16-monatige energetische Sanierung in der Siedlung Zollverein kein Mietnachlass für die Beeinträchtigung durch die Bauarbeiten zu gewähren. Die Richterin Schröder äußerte ihr Unverständnis in der Verhandlung, dass die VIVAWEST von sich aus keinen Mietnachlass gewährt hatte. Einen Mietnachlass von 20 Prozent sah die Richterin ab

dem vierten Monat der Bautätigkeit durchaus als angemessen an. Der Prozess wird im Herbst mit der Beweisaufnahme fortgesetzt. Der Prozess wird von der DKP unterstützt und hat für viele Mieter der VIVAWEST, nach erfolgter energetischer Sanierung, eine große Bedeutung. Es gilt dem größten Wohnungskonzern in Bottrop Grenzen aufzuzeigen und Mieterrechte zu schützen.

Michael Gerber, Tel.: 96227

Corona

Keine Unterstützung für arme Menschen

Sstatt die Notlage von armen Menschen in den Mittelpunkt von Corona Hilfsmaßnahmen der Stadt zu beschließen haben SPD und CDU die Förderung von Wirtschaft und Handel durchgesetzt. Der größte Skandal: SPD, CDU, Grüne und ÖDP haben für den Mo-

vie Park die Stundung bis Ende 2020 von fälligen Grundbesitzabgaben in Höhe von 318.000 Euro bei der Stadt beschlossen. Die DKP hat dies scharf kritisiert und abgelehnt. Selbst der Antrag von Michael Gerber, nicht auf die fälligen Stundungszinsen zu verzichten, wurde abgelehnt.

Knappenstraße/Steigerstraße



Dieses Haus an der Ecke Knappenstraße/Steigerstraße steht seit Jahren leer. Der „Garten“ ist verwildert und wer daran entlangläuft, wurde von Ranken zerkratzt. DKP-Ratsvertreterin Irmgard Bobrzik erinnerte mehrfach in der Bezirksvertretung daran, das Gebäude wenigstens äußerlich sicherer und den dortigen Briefkasten wieder zugänglich machen zu lassen. Es dauerte, aber ster Tropfen höhlt den Stein: Anfang August schritt das Gartenamt zur

Tat und beseitigte die gefährlichen Ranken, obwohl der Eigentümer der Rummelbude nicht greifbar ist. Es geht also, wenn die DKP Druck macht!

Das Foto stammt aus dem Juni, seit kurzem sieht es dort besser aus, das Haus ist aber nach wie vor unbewohnt und stellt auf Dauer ein Sicherheitsrisiko dar. Wie war das noch? „Eigentum verpflichtet“? Aber doch nicht den Eigentümer!

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Helmut Stasch, ich wähle DKP!



So wie die Ratsvertreter der DKP uns Anwohner der Tourcoingstraße über die geplante Bebauung der Landschaftsschutzfläche informiert haben, um das Vorhaben mit uns gemeinsam zu verhindern, so stelle ich mir die Aufgabe eines gewählten Vertreters im Bottroper Rathaus vor. Darum werde ich am 13. September DKP wählen.

Perdekampsheide und Ziegelstraße

Anwohner gegen Durchgangsverkehr



Auf Einladung der DKP versammelten sich am 10.08.2020 20 Anwohner der Perdekampsheide und der Ziegelstraße, um gegen den Durchgangsverkehr in ihren Straßen zu protestieren. Seit der Teilspernung der Kreuzung Horsterstraße/ Ostring hat sich dieser Verkehr noch verstärkt. Sowohl an der Horster Straße zur Ziegelstraße wie auch am Ostring zur Perdekampsheide befinden sich Hinweisschilder

„Einfahrt verboten, Durchfahrt nur für Anlieger“. Vorgeschlagen wurde, die Durchfahrt künftig durch Poller zu verhindern. Die Teilnehmer beschlossen eine Unterschriftensammlung, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Michael Gerber: „Obwohl dem Straßenverkehrsamt und der Polizei die Situation bekannt ist, geschieht nichts. Die DKP unterstützt den Bürgerprotest.“

**Rosemarie Mulawski
Ich wähle DKP!**

Weil ich enttäuscht bin über die Politik der SPD, die mit schönen Worten eine Sparpolitik gegen die Bevölkerung bemañtelt. Das ist nicht mehr meine Partei. Mein verstorbener Mann und ich waren 43 Jahre für die SPD aktiv und haben unter anderem vor Wahlen viele Briefwähler geworben. Bei der Kommunalwahl am 13. September werde ich selbst die DKP wählen und darüber hinaus in meinen Bekanntenkreis dafür sorgen, dass die DKP möglichst viele Stimmen erhält, denn die DKP belässt es nicht bei schönen Worten.

**Peter Hüselar
Ich wähle DKP!**



Ich wähle DKP, weil ich als langjähriges SPD-Mitglied kein Vertrauen mehr in diese Partei habe. Die SPD vertritt nicht mehr die Interessen der kleinen Leute.

VIVAWEST

Denkmalgeschützte Siedlung Sydowstraße verkommt



Die DKP erhebt schwere Vorwürfe gegen VIVAWEST. Der Wohnungskonzern lässt nämlich die denkmalgeschützte Zechensiedlung an der Sydowstraße im Eigen systematisch verkommen und will sie jetzt privatisieren. Die Siedlung ist akut in ihrem Bestand gefährdet. Es gibt einen großen Sanierungsstau, da VIVAWEST und die Vorgängergesellschaft THS jahrzehntelang nicht in den Erhalt der Siedlung investiert haben. In den 20 Häusern der 1936/37 errichteten Kolonie stehen aktuell 14 Wohneinheiten leer. Im Einzelfall ist in einem Siedlungshaus

von vieren nur noch eine Wohnung belegt. Damit entsteht Feuchtigkeit und Schimmelbefall in den Wohnungen, die Gärten verfallen. Da die Siedlung eines der wenigen Beispiele einer erhaltenden Arbeiterkolonie aus den dreißiger Jahren im Ruhrgebiet darstellt, sind die Gebäude als zusammenhängendes Denkmal 2002 in die Denkmalliste der Stadt Bottrop eingetragen worden. Obwohl es von der VIVAWEST und der Unteren Denkmalbehörde der Stadt Bottrop ein Gestaltungshandbuch für diese Siedlung gibt, ist davon bisher nichts umgesetzt

worden. Die DKP hatte am 22. Juli zu einer Versammlung der Mieter eingeladen, an der 30 Anwohner teilnahmen. Die Mieter haben ihren Unmut über die mangelnde Instandhaltung und die drohende Privatisierung der Siedlung zum Ausdruck gebracht. Es wurde ein Mieterrat gebildet und eine Sammlung von Unterschriften unter ein Schreiben an die VIVAWEST und die Stadt Bottrop beschlossen. Im Text der Unterschriftensammlung heißt es: „Der marode Zustand der Häuser hat bereits zahlreiche Mieter aus der Siedlung vertrieben. Der hohe Leerstand verstärkt ihren Verfall. Der Leerstand ist eine Zweckentfremdung von Wohnraum. Die verbliebenen Nachbarwohnungen haben feuchte Wände und die Gärten verwahrlosen. Wir fordern VIVAWEST auf, in die Instandhaltung der Siedlung zu investieren. Leere Wohneinheiten müssen wieder vermietet werden.

Als Mieter sind wir gegen einen Verkauf oder die Privatisierung der Siedlung. Wir erwarten von VIVAWEST und der Stadt Bottrop dringend Maßnahmen zum Erhalt und die Pflege der Siedlung.“
DKP-Ratsmitglied Michael Gerber: „VIVAWEST legt es wohl darauf an, dass sich der Denkmalschutz von selbst erledigt, weil die Häuser abbruchreif werden. Der Leerstand ist aber eine Zweckentfremdung von Wohnraum. VIVAWEST hat die Verpflichtung, die Siedlung zu erhalten.“
Die DKP kritisiert auch, dass VIVAWEST drei Mehrfamilienhäuser mit 24 Wohneinheiten bereits leergezogen hat. Nach Aussagen der Stadt will der Wohnungskonzern die Häuser abreißen und Einfamilienhäuser errichten lassen. Michael Gerber: „Statt preiswerten Wohnraum zu erhalten, will VIVAWEST das Bauland versilbern. Dies muss die Stadt verhindern.“
Manfred Plümpe, Tel.: 94135

UZ-Notizen sprach mit dem Arzt Rainer Lukaschek über die Lehren aus der Corona-Pandemie

UZ-Notizen: Wie sind die Erfahrungen mit der Corona-Pandemie in den letzten Monaten gewesen?

Rainer Lukaschek: Die Situation war geprägt von Unsicherheit und Angst bei allen Beteiligten. Wer Fieber und Husten und/oder Schnupfen hatte, sah sich gleich als Corona – infiziert an. Viele vermieden dann den Arztbesuch. In der Ärzteschaft lag am Anfang auch eine große Unsicherheit vor im Umgang mit Erkrankten. Dies führte zu den sogenannten „Kollateralschäden“. Notwendige Untersuchungen unterblieben, Operationen wurden verschoben, die diagnostizierte Herzinfarkttrate sank (!) und vieles mehr. Die

Corona-Testergebnisse ließen lange auf sich warten.

UZ-Notizen: Was ist jetzt notwendig?

Rainer Lukaschek: Wir müssen lernen mit dem Virus zu leben. Bis es einen wirksamen Impfstoff und Medikamente gegen das Corona-Virus gibt, wird es noch dauern. Es ist eine Illusion, dass es im Herbst bereits einen Impfstoff gibt. Was wir dringend brauchen, sind sichere Corona-Schnelltests, die es ja schon gibt und die laufend verbessert werden. Dann kann rasch eine Diagnose getroffen werden und eine schnelle Behandlung beginnen. Ist ein Patient Corona-positiv, ist eine engmaschige Beobachtung notwendig, um eine

schlechterung rechtzeitig zu erkennen. (Lunge, Embolien usw.) Ist ein Patient mit Husten und Fieber etc. Corona-negativ, sollte er ebenfalls klinisch untersucht und ohne Zeitverzögerung weiter behandelt werden. Quarantäne ist kein Ersatz für medizinische Diagnostik und Behandlung.

UZ-Notizen: Wie wird die Entwicklung in der nächsten Zeit sein?

Rainer Lukaschek: Sollten die Infektionszahlen steigen nach Schulbeginn oder im Herbst, müssen alle allgemeinmedizinische Praxen in Bottrop in der Lage sein, einen Corona-Test zeitnah durch-

zuführen. Voraussetzung ist natürlich die Ausstattung mit entsprechender Schutzkleidung, Möglichkeit der räumlichen Trennung und die Einhaltung der allgemeinen standardisierten Hygienemaßnahmen. Dies würde das Erkennen und die Behandlung aller Patienten verbessern, „Kollateralschäden“ würden vermieden und auch die Krankenhäuser wären entlastet, da der Corona-Test schon zeitnah vorliegt. Wenn sich dann nach Schulbeginn alle LehrerInnen noch alle zwei Wochen testen lassen sollen, dann ist ein verbesserter ambulanter Zugang zum Test notwendig.



DKP wählen

Damit man draußen sieht, was drinnen geschieht!



Michael Gerber, Tel.: 96227



Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020



Manfred Plümpe, Tel.: 94135



Jörg Wingold, Tel.: 68591